



Brief aus Berlin



www.brigitte-zypries.de



direkt gewählt - direkt erreichbar

22. März 2011

Liebe Leserin, lieber Leser,

zwei Themen bestimmen auch diese Woche die Nachrichten und die politischen Debatten: Die Situation nach dem Erdbeben in Japan und die bürgerkriegsähnlichen Zustände in Libyen.

Der drohende Austritt von radioaktivem Dampf, Nachrichten von atomar verseuchtem Meerwasser, von kontaminierten Lebensmitteln, von erhöhter Strahlung im Trinkwasser von Tokio zeigen, dass sich die Welle der Sorge und Verunsicherung fortsetzt. Ich frage mich, was die von der Bundesregierung eingesetzten Kommissionen zu den Sicherheitsvorkehrungen und zu ethischen Fragen der Kernkraft neues bringen sollen. Die Bundesregierung muss endlich einsehen, dass die große Mehrheit der Bevölkerung keine Atomkraftwerke mehr will!

Zu der zugegebenermaßen sehr schwierigen Debatte über die Situation in Libyen, die in der SPD, aber auch in anderen Fraktionen, geführt wird, finden Sie mehr auf der nächsten Seite.

Am kommenden Wochenende stehen gleich drei wichtige Wahlen an: In Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz werden neue Landtage gewählt, in Hessen sind Kommunalwahlen und in etlichen Kommunen (Ober-)Bürgermeisterwahlen. Außerdem stimmen wir über die Schuldenbremse in der Hessischen Verfassung ab - dazu habe ich bereits im letzten *Brief aus Berlin* ausführlich informiert. Ich wünsche mir, dass sich möglichst viele Menschen beteiligen: Gehen Sie am Sonntag zur Wahl! Und wenn Sie noch unentschlossen sind: Das Programm der SPD finden Sie hier: www.spd-hessen.de.

Herzliche Grüße aus Berlin von

Euer / Ihre Brigitte Zypries

Equal Pay Day

Tragt die rote Tasche!

Am 25. März ist Equal Pay Day - bis zu diesem Tag müssen Frauen arbeiten, um auf das Vorjahresgehalt ihrer männlichen Kollegen zu kommen! Symbol des Equal Pay Day's ist die rote Tasche - also, liebe Frauen, macht auf Euch aufmerksam und tragt am Freitag etwas Rotes! In Darmstadt gibt es für eine rote Tasche 23% auf die Eintrittskarten der Innenstadt-Kinos. Außerdem gibt es um 16 Uhr einen Flash-Mob auf dem Luisenplatz.

Die Frauenbüros der Stadt und des Landkreises veranstalten am 24. März um 19.30 Uhr eine Diskussion im Staatsarchiv. Mehr unter www.frauenbuero.darmstadt.de.



Rote Karte für Atom-Strom

Verbraucher haben die Wahl!

Eine gute Idee hatte ein Genossen aus dem Ortsverein Martinsviertel-Johannesviertel: Lasst` uns gemeinsam den Atomstrom-Anbietern die rote Karte zeigen! Denn wir Verbraucherinnen und Verbraucher haben die Wahl: Wir können einfach und sicher den Stromanbieter wechseln und Strom aus erneuerbaren Energie beziehen - in Darmstadt und Darmstadt-Dieburg z.B. von der HSE.

Wer mit den Füßen abstimmen will gegen die Atomkonzerne und künftig Öko-Strom beziehen will, kann sich Rat bei der Energieberatung der Verbraucherberatung holen: www.verbraucherzentrale-energieberatung.de.

Situation in Libyen: Was hilft den Menschen vor Ort wirklich?

Die Geschehnisse in Libyen und die brutale Gewalt dort gegen die Menschen machen uns allen große Sorgen. Angesichts der Bilder ist klar: Wir können uns nicht `raushalten aus der Debatte über die Zukunft des Landes und müssen Verantwortung übernehmen. Nach langen Verhandlungen hat der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen in der Nacht zum vergangenen Freitag eine Resolution verabschiedet, die die Errichtung einer Flugverbotszone über Libyen legitimierte. Damit soll verhindert werden, dass Gaddafi die Protestierenden weiterhin aus der Luft beschießen lassen kann. Seit dem Wochenende ist nun eine internationale Koalition im militärischen Einsatz, um diese Flugverbotszone durchzusetzen. Die Frage ist nun: Soll Deutschland sich an diesem Einsatz beteiligen und wenn ja, in welchem Umfang? Aus vielen Gesprächen mit Bürgerinnen und Bürgern weiß ich, dass das Verständnis und die Unterstützung für eine deutsche Beteiligung an einem militärischen Einsatz sehr gering ist. Gleichzeitig will niemand das Land sich selbst überlassen.

Deutschland hat sich bei der Abstimmung im Sicherheitsrat enthalten. Zusammen mit China, Russland, Indien und Brasilien und im Gegensatz zu unseren europäischen Verbündeten Großbritannien und Frankreich. Gleichzeitig erklärte die Bundesregierung aber ihre Zustimmung für den Einsatz: Eine Enthaltung bedeute keine Neutralität, so Kanzlerin Merkel. Klar ist: Zu einem militärischen Eingreifen der internationalen Gemeinschaft gibt es mehr als eine legitime Meinung. Darüber kann und muss diskutiert werden. Humanitäre Motive sind gegen realistische Optionen und Folgerisiken abzuwägen. Niemand sollte hier leichtfertig urteilen. In jedem Fall aber ist es zwingend, eine gut überlegte und überzeugende politische Strategie zu formulieren. Was wollen und was können wir in Libyen erreichen? Offensichtlich jedoch ist das Unvermögen der derzeitig von der Bundesregierung betriebenen Außenpolitik, sich vernünftig, strategisch und partnerschaftlich mit unseren europäischen Verbündeten abzustimmen. Eine weitsichtige Außenpolitik hätte vermeiden können, dass Deutschland als Bündnispartner mehr und mehr ins Abseits gerät.

Ich erwarte von der Bundesregierung eine klare, verlässliche Position zur Libyen-Krise, die Deutschlands Verantwortung gegenüber Libyen, gegenüber unseren europäischen Freunden und gegenüber der internationalen Staatengemeinschaft gerecht wird.



Ein Wort zum Brief aus Berlin

Der Brief aus Berlin ist eine Information für die Bürgerinnen und Bürger aus meinem Wahlkreis. Ich möchte meine Arbeit in Berlin so transparent und bürger-nah wie möglich gestalten. Sie können mir dabei helfen, indem Sie mir Ihre Wünsche und Verbesserungsvorschläge mitteilen und den Brief aus Berlin an Freunde und Bekannte weitergeben. Sie können diesen Newsletter gerne über mein Büro in Berlin abonnieren: Schreiben Sie einfach eine E-Mail mit dem Betreff *Brief aus Berlin* an brigitte.zypries@bundestag.de.

*V.i.S.d.P.: Brigitte Zypries, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin*

Fotos:
[aboutpixel/Gerd Gropp](#) (S. 2)
[aboutpixel/Rainer Sturm](#) (S. 3)

Bundesregierung gefährdet Zukunft der Freiwilligendienste - Zweiklassensystem befürchtet

Mit dem Ende der Wehrpflicht endet am 1. Juli auch der Zivildienst. Statt die Aussetzung von Wehrpflicht und Zivildienst nun für eine gesamtgesellschaftliche Debatte über die Zukunft der Freiwilligendienste zu nutzen, wird als „Lückenfüller“ ein sog. Bundesfreiwilligendienst eingeführt. Wie schon die Reform der Bundeswehr erscheint auch dieser Vorschlag ziemlich unausgegoren. Der Bundesfamilienministerin geht es offensichtlich in erster Linie darum, das „alte“ Bundesamt für Zivildienst zu erhalten und die fehlende Unterstützung in den sozialen Einrichtungen nahtlos aufzufangen - ein Konzept für die Zeit nach dem Zivildienst, bei dem die Stärkung bestehender Jugendfreiwilligendienste und die Schaffung sozialversicherungspflichtiger Jobs im sozialen Bereich im Mittelpunkt stehen, fehlt.

Von der Entscheidung, den Bundesfreiwilligendienst einzuführen, sind auch die „alten“ Freiwilligendienste - Freiwilliges Soziales Jahr und Freiwilliges Ökologisches Jahr - massiv betroffen. Denn es wird jetzt eine Doppelstruktur etabliert, die dem freiwilligen Engagement von jungen Menschen insgesamt schadet. Der Bundesfreiwilligendienst wird nicht nur durch die höhere Bezahlung „seiner“ Freiwilligen zu einer Konkurrenz für längst etablierte und gut funktionierende Angebote des FSJ und FÖJ. Für die Ausweitung auf alle Altersgruppen fehlt ein Konzept für die pädagogische Begleitung der Angebote: Denn junge Menschen haben andere Bedürfnisse bei den begleitenden Seminare als ältere.

Der Gesetzentwurf überträgt außerdem ganz offensichtlich an mehreren Stellen die Pflichtdienststruktur des Zivildienstes auf den Bundesfreiwilligendienst, z.B. bei der automatischen Anerkennung von Zivildienststellen als Bundesfreiwilligendienstplätze oder bei der Vertragsgestaltung. Es ist ein schlechtes Signal in die Zivilgesellschaft, wenn der neue Bundesfreiwilligendienst quasi als Pflichtdienst eingeführt wird - bislang werden Freiwilligendienste aus gutem Grund und sehr erfolgreich aus der Mitte der Zivilgesellschaft organisiert. Ein öffentlich-rechtliches Dienstverhältnis in einem Freiwilligendienst entspricht nicht der Lebenswirklichkeit junger Menschen, die sich für den Freiwilligendienst entscheiden.

Entgegen der massiven Kritik der Zivilgesellschaft und von Experten wird die Koalition am Donnerstag im Bundestag den Bundesfreiwilligendienst beschließen. Die SPD bringt dazu einen Antrag ein, der die Bundesregierung auffordert, das Gesetz im Sinne der Freiwilligen nachzubessern und vor allem auch Angebote wie das FSJ und das FÖJ zu stärken. Den Antrag finden Sie unter www.spdfraktion.de.